

17.08.2004 - 14:14 Uhr

## Mehr Lohn zugestanden Verschlechterter Altersrücktritt abgewendet

Bern (ots) -

Die Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) hat heute an der zweiten Lohnverhandlungsrunde mit Bundesrat Hans Rudolf Merz den uneingeschränkt vollen Teuerungsausgleich als Normalstandard einer intakten Sozialpartnerschaft gefordert. Die VGB kann als Verhandlungsergebnis einer nicht versicherten einmaligen Zulage im Rahmen der Teuerungsprognose nur zustimmen, weil der Finanzminister innerhalb eines Gesamtpakets garantiert hat, dass diese Zulage in den Folgejahren als vollwertiger Lohnbestandteil beibehalten bleibt und im selben Rahmen aufgestockt wird. Das Paket wurde für die Bundespersonalverbände insbesondere auch deshalb annehmbar, weil der Bundesrat darin zusichert, die heute geltenden Pensionierungsregeln mit dem Pensionsalter ab 62 mit garantierter Übergangrente mit den anstehenden Pensionskassen-Gesetzesrevisionen nicht anzutasten. Das ist ein erfreulicher Erfolg gegen den drohenden Rentenabbau beim Bund. Höchst bedauerlich ist hingegen, dass in diesem Paket der halbe Teuerungsausgleich auf en Renten nicht weiterhin garantiert werden konnte.

Die Beharrlichkeit der Personalverbände war wichtig und erfolgreich. Der Bundesrat hat nun eingesehen, dass der bereits beschlossene Personalabbau nur sozial verträglich und kostengünstig vollziehbar ist, wenn die Pensionierung ab 62 nicht zum unbezahlbaren Luxusgut für Normalverdienende wird.

Die VGB-Gewerkschaften betonen, dass Sparrunde an Sparrunde hängen den Aufschwung behindert und nicht zukunftsorientiert ist. Das Volk hat solche Selbstlähmung am 16. Mai mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Dies wollen die Verbände des öffentlichen Dienstes mit ihren Protestaktionen am 23. September hör- und sichtbar klarmachen: Der Leistungsstaat im Dienste der Bürgerinnen und Bürger ist auf weiterhin motivierte und hoch qualifizierte Bundesangestellte angewiesen. Fortgesetzte Lohndruckpolitik und Kaufkraftabbau demotivieren. Frust und Widerstandswille nehmen entsprechend zu. Erstmals in der Geschichte der Bundespersonalverbände tragen deshalb die VGB-Gewerkschaften PVB, VPOD und garaNto diesen landesweiten Protesttag mit allen Personalverbänden des Bundes gemeinsam und unterstreichen so ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit gegen Lohn- und Sozialabbau beim Bund als Arbeitgeber.

VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL VGB

Auskunft

Hans Müller (Präsident) 079 406 93 38

Rolf Zimmermann (Geschäftsstelle) 031 377 01 21

Corinne Schärer (vpod) 079 219 94 20

Hanspeter Lienhart (vpod) 079 708 40 90

